

Offener SPD-Stammtisch OV Markt Schwaben am 03. März 2016

Thema: Soziale Ungleichheit in Deutschland –
welche Forderungen ergeben sich für uns, dagegen anzugehen?

Warum Arme arm bleiben und die Reichen reicher werden, während die Mitte gegen den Abstieg kämpft. - Deutschland nimmt bei der Vermögensungleichheit in der Europazone den Spitzenplatz ein. Bis Ende der 70er Jahre war man sich einig, dass steuerliche Lasten und Abgaben je nach eigenen Kräften relativ gleichmäßig verteilt werden sollten (Soziale Marktwirtschaft). Dieses Prinzip gilt nicht mehr. Lösungen und Alternativen brauchen die radikale Abkehr vom bestehenden neoliberalen Ansatz - Die Abgeltungssteuer muss wieder abgeschafft werden. – Eine Kapital-Transaktionssteuer würde die Spekulation eventuell in den Griff bekommen. – Die Änderungen in der Einkommensteuer, der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer müssen wieder rückgängig gemacht bzw. wieder eingeführt werden.

20 Teilnehmer diskutierten über die offenen Fragen: Rentenlücke; Altersarmut wegen lückenhafter Erwerbsbiografie; Riester-Rente.

Angeregt wurde die Einführung einer Mindestrente über den Satz von Hartz IV für langjährig Versicherte mit niedrigem Einkommen;

Regulierung der Werksverträge für Beschäftigte, die trotz ganztägiger Arbeit von dem niedrigen Lohn nicht leben können;

Größere Bildungsinvestitionen, denn Bildungsarmut heißt meist auch Einkommensarmut.

Um das Problem der Armut zu lösen, müssen Einkommen, Vermögen und Arbeit von oben nach unten umverteilt werden.

Der soziale Wohnungsbau und die Sozialstruktur in der Stadtentwicklung muss gefördert werden.

Alte Steuerschlupflöcher für Vermögen, das nicht Betriebsvermögen ist – etwa durch sogenannte Cash-GmbHs - müssen gestopft werden.

Die strikte Regulierung der Finanzmärkte und Banken und die Durchsetzung der Besteuerung der Finanzmarktspekulationen muss vorangetrieben werden.

Die Kommunen müssen entlastet werden, d.h. die Infrastruktur für Kitas, Schulen, Eingliederungshilfe und Hartz IV muss das Land bzw. der Bund übernehmen, ebenfalls die benötigten Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur; denn der Großteil der Städte ist pleite.

Die oben genannten Veränderungen werden von dem Großteil der Sozialdemokraten, Grüne, Linke und einem Teil der CDU angestrebt, wobei die CSU sich als Bremser erweist. Die Regierung und die Abgeordneten der Parteien haben bei Amtsübernahme einen Eid abgelegt, zum Wohl des Volkes zu agieren und nicht den Interessen der Finanzwelt und der Vermögenden zu dienen.

07. 03. 2016

gez. Horst Schade